Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

15.6.1864 (No. 139)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 15. Juni.

Nr. 139. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. **1864.**

Telegramme.

† **Altona,** 14. Juni. In dem heute erschienenen Verordnungsblatt veröffentlichen die Bundeskommissäre das von der Regierung — vorbehaltlich der ständischen Genehmigung — entworfene holsteinische Budget für das Finanzjahr vom 1. Apr. 1864 bis dahin 1865.

† **Kopenhagen,** 13. Juni, Abends. Der Reichsrath wird auf den 25. d. M. einberufen werden. Das Gerücht von dem Rücktritt des Ministers des Innern ist der „Berling. Ztg." zufolge unbegründet.

† **Paris,** 14. Juni. Die brittische Kanalflotte ging gestern nach Spithead. Es heißt, sie halte sich bereit, im Nothfall in die Ostsee zu gehen.

Deutschland.

Karlsruhe, 14. Juni. Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Frau Großherzogim sind heute Vormittag 10 Uhr 50 Min., von Baden kommend, dahier eingetroffen. Im Lauf des Tages haben Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge einiger der Herren Ministerialpräsidenten entgegenzunehmen geruht, während Ihre Königliche Hoheit die Frau Großherzogin einer von Höchstderselben im großh. Schlosse anberaumten Sitzung des badischen Frauenvereins anwohnte.

Heute Abend 7 Uhr 30 Min. sind die höchsten Herrschaften wieder nach Baden zurückgekehrt.

Frankfurt, 13. Juni. Nach der „Nordd. Allg. Ztg." hat der Gesandte Frankfurts am 9. Juni gegen den Ausschußantrag in Betreff der Beust'schen Instruktionen gestimmt.

München, 12. Juni. Man schreibt dem „Nürnb. Korr.": „Dem Vernehmen nach ist der Termin zum Zusammentritt der Münchener Zwischenzollkonferenz vom 15. auf den 17. d. M. verlegt worden und werden an derselben die auch bei der letzten Konferenz vertretenen Zollvereins-Regierungen wieder Theil nehmen." — Der „Allg. Ztg." zufolge wäre dieser Aufschub blos durch den Umstand verursacht worden, daß der Bevollmächtigte Württembergs verhindert ist, schon zum 15. d., wie anfänglich bestimmt war, hier einzutreffen. Oesterreich wird dem Vernehmen nach außer durch Hrn. Generalkonsul v. Grüner von Leipzig noch durch einen zweiten Bevollmächtigten bei dieser Konferenz vertreten sein.

Hannover, 11. Juni. (Fr. J.) In der heutigen Sitzung diskutirte die Zweite Kammer die Abänderungsvorschläge der Regierung zum Wahlgesetz. v. Bennigsen berichtet über die erfolglosen Versuche, welche in der ständischen Kommission zur Prüfung der Vorlage gemacht worden, die Mitglieder der Ersten Kammer zu einer Reform der oktroyirten Verfassung zu bewegen; ein Theil der Mitglieder der letztern halte den bestehenden Zustand für genügend, ein anderer finde den Zeitpunkt für Reformen nicht geeignet, ein dritter endlich erwartete die Initiative zu Verfassungsänderungen von der Regierung. Die Mitglieder der Zweiten Kammer hätten unter solchen Umständen keine Veranlassung gehabt, stark auf die Herren vom andern Hause zu drücken. Denn so sehr man auch von der Nothwendigkeit einer vollen Reform überzeugt sei, so komme doch nichts darauf an, diese schon in den nächsten Wochen zu beschaffen. Ein Kompromiß in diesem Augenblick über die Verfassungsreform hätte bei der gegenwärtigen politischen Lage und bei den Zuständen in Preußen günstiger für die Regierung und die Erste Kammer ausfallen müssen, als billig sei. Die liberale Partei könne die Entwicklung ruhig abwarten; das Bedürfniß einer völligen Umgestaltung der Verfassung werde sich bald, vielleicht schon zum Winter geltend machen. Lasse man sich dann auf ein Kompromiß ein, so werde dies günstiger ausfallen; die Erste Kammer aber werde vermuthlich zu bereuen haben, daß sie den gegenwärtigen günstigen Augenblick, ihren Frieden mit dem Land zu machen, versäumt habe. Oppermann betrachtet die Vorlage als eine Abschlagszahlung, die von der liberalen Partei dankbar angenommen werde. Miquel will einen Fortschritt nicht um deßwegen entbehren, weil damit nicht alle gerechten Wünsche des Landes erfüllt werden. Die Oberappellationsräthe Behucke und Meyer bedauern die Hartnäckigkeit der Ersten Kammer. Minister Windthorst hält es für überflüssig, auf die allgemeinen Bemerkungen über Verfassungsreformen etwas zu erwiedern, und spricht nur den Wunsch aus, daß man sich aller scharfen Bemerkungen gegen das andere Haus enthalten möge. Die ersten Paragraphen des Wahlgesetzes fanden darauf Annahme.

Flensburg, 11. Juni. Die neulich nach Norden durchmarschirten Truppen haben heute (in Folge der Nachricht von der Verlängerung der Waffenruhe) wieder den Rückmarsch in die von ihnen bisher innegehabten Kantonnements angetreten. Wir haben neulich einer Mittheilung der Kopenhagener „Berling. Tid." Erwähnung gethan, wonach die Errichtung einer schleswig'schen Heeresabtheilung von der gegenwärtigen Regierung des Herzogthums beabsichtigt würde. Die „Flensb. Nordd. Ztg." bemerkt jetzt darüber: Bei der Wichtigkeit der Sache haben wir es für geboten gehalten, uns nach dem Grund oder Ungrund dieser Mittheilung zu erkundigen, und können jetzt die Versicherung ertheilen, daß diese Nachricht vollständig unbegründet ist und bisher kein Schritt gethan worden, der auf eine solche Absicht hindeuten könnte.

Berlin, 12. Juni. Man schreibt der „Köln. Ztg.": „In der Sitzung der Konferenz vom 2. Juni war schon bekanntlich eine Erklärung Preußens zu Gunsten der Befragung der Bevölkerung erfolgt. Die andern Mächte hatten sich sofort dagegen ausgesprochen. In der letzten Sitzung vom 9. Juni wurde der Antrag von Seiten Preußens in offizieller Weise wiederholt und die andern Mächte waren wiederum fast alle dagegen, mit Ausnahme Frankreichs, das sich reservirt und schweigend verhielt. Diese Nachrichten sind uns von gewöhnlich unterrichteter Seite mitgetheilt worden, und wir müssen sie aufrecht halten, bis eine mehr authentische Widerlegung erfolgt, als die einer Frankfurter Korrespondenz, die in etwas apodiktischem Tone die preußische Erklärung vom 2. Juni für falsch erklärt, indem in jener Sitzung nur Hr. v. Beust auf die Befragung der Bevölkerung auch in Nordschleswig gedrungen habe, aber ohne jegliche Unterstützung geblieben sei. Diese Behauptung muß, gelinde gesagt, um so zweifelhafter erscheinen, als Hr. v. Beust nach seiner eigenen Erklärung am 9. Juni zur Theilungslinie ohne Instruktionen ist, solche auch als Bevollmächtigter des nicht kriegführenden Bundes für die Friedensbasis in Bezug auf Schleswig nicht leicht erlangen kann. Hr. v. Beust kann also wohl nur die Befragung der Bevölkerung am 2. empfohlen, und damit die preußische Erklärung unterstützt haben, ähnlich wie er am 9. sagte, er wünschte für die Linie Flensburg-Tondern stimmen zu können, und damit den Antrag Oesterreichs unterstützte. Der Widerspruch ist vielleicht wieder dadurch entstanden, daß der preußische Bevollmächtigte, wie das in der Konferenz oft geschieht, am 2. Juni mündlich angekündigt hatte, was er am 9. offiziell und in aller Form beantragte. Zu einer solchen Berichtigung war jedenfalls keine Veranlassung gegeben. Hervorzuheben ist, daß Preußens formeller Antrag am 9. erfolgte, als sein Bevollmächtigter bei der Apenrader Kombination beharrt hatte, was zur Beurtheilung des Antrages von Bedeutung ist. — Zu der Unterredung mit dem Herzog Friedrich ist nachzutragen, es sei ihm die Gefahr, sich auf die Demokratie zu stützen, angedeutet worden, und die Schwierigkeiten, welche auf seine Regierung warteten. Der Herzog habe erwiedert, jede Regierung habe Schwierigkeiten zu überwinden, und er hoffe, daß es ihm im Einklang mit seinem Lande gelingen werde. — Die Erklärung der „Petersburg. Ztg." über die Cession an den Großherzog von Oldenburg, die einen so eigenthümlichen, in russischem Munde allzu deutschen Accent hat, wird noch immer viel besprochen. Die „Petersburg. Ztg." will damit vielleicht verhüllen, daß der Großherzog der Kandidat Rußlands ist, was doch seit dem Dezember v. J. in allen politischen Kreisen notorisch war. Nur darüber waren die Lesarten auseinander gegangen, ob der Großherzog, wie er sich jetzt allem Anschein nach dazu anschickt, dazu die Hand bieten werde."

◇ **Berlin,** 13. Juni. Alle aus Kopenhagen hier eingehenden Nachrichten besagen übereinstimmend, daß von der dortigen Kriegspartei unabläßig die eifrigsten Anstrengungen gemacht werden, um die dänische Regierung zur Fortsetzung des Kampfes gegen die deutschen Mächte zu bestimmen. Trotzdem hört man hier vielfach die Meinung äußern, daß es nach Ablauf der jetzigen Waffenruhe nicht zum Wiederausbruch der Feindseligkeiten kommen werde. Man rechnet dabei vorzugsweise auf das Friedensinteresse der fremden Mächte. Auf Grund mehrfacher Anzeichen wird es für wahrscheinlich gehalten, daß diese Mächte sehr ernste Mahnungen zur Nachgiebigkeit nach Kopenhagen richten dürften. Besonders soll neuerdings England zu solchen Einwirkungen Anstalt machen, um die Fortdauer der Londoner Konferenz nicht zu gefährden. Auch auf Seiten Rußlands zeigen sich Spuren derartiger Friedensbemühungen. — Die „N. Preuß. Ztg." schreibt: „Nach verschiedenen Mittheilungen anderer Blätter und nach unsern eigenen Nachrichten wird unter den drei Mächten Preußen, Oesterreich und Rußland jetzt über einen Vertrag verhandelt, in welchem sie sich gegenseitig ihre polnischen Besitzungen garantiren sollen."

In dem Befinden des kaiserl. österreichischen Obersten Illeschitz vom Infanterieregiment „König der Belgier", welcher auf seiner Reise vom Kriegsschauplatz nach einem Badeort schwer erkrankt hier ankam, ist seit gestern eine erfreuliche Besserung eingetreten. Vorgestern traf der frühere Kommandeur dieses Regiments, Generalmajor Herzog Wilhelm von Württemberg, aus Teplitz in Berlin ein, um seinen leidenden Waffengefährten zu besuchen. Bekanntlich wurden der Herzog und der Oberstleutnant Illeschitz in dem Kampf bei Oversee schwer verwundet.

Wien, 11. Juni. Man schreibt der „Allg. Ztg.": „Man vermuthet, daß die nächste Konferenz am Mittwoch stattfinden wird; bis dahin werden sich die Mächte im gewöhnlichen Verkehr unter einander vielleicht über eine bestimmte Lösungsformel verständigt haben. Der Ungewißheit wegen, ob diese Verständigung bis zu einem bestimmten Tage Platz greifen werde, konnte der Konferenztag noch nicht offiziell festgestellt werden; die Version bezüglich des Mittwoch ist daher keine absolut beglaubigte. Es steht entschieden fest, daß die deutschen Mächte eine weitere so kurze Waffenruhe nicht wieder gestatten wollen. Es ist ferner vereinbart, daß, wenn England und Dänemark auf die bekannte Proposition wegen Kiel und Rendsburg zurückkommen sollten, von deutscher Seite einstimmig dagegen protestirt werden wird. Die von Flensburg ausgehende und vielleicht nicht so nördlich, als Tondern liegt, endigende Linie wird dem Vernehmen nach von Frankreich vorgeschlagen werden. Erfolgt über diesen Vorschlag keine Einigung, so dürfte sich die Konferenz auflösen; und diese Eventualität scheint es hauptsächlich zu sein, welche der Verfasser des Artikels im „Dresden. Journ." in das Auge faßte, und die er wo möglich vermieden zu wissen wünscht. Geht die Konferenz auseinander, so ist die vollkommene Neutralität Frankreichs so ziemlich sicher; die Kapitalfrage hingegen wäre: ob England in der That das Schwert gegen Deutschland zu ziehen wagen wird, oder nicht? Man erfährt nachträglich, daß Rußlands Haltung in der Frage ungleich taktvoller und voraussichtiger war, als die Englands. Hr. v. Brunnow ließ einige Male die Vertreter Dänemarks ziemlich hart an, sprach zur Nachgiebigkeit, und unläugbar ist, daß Rußland die Gewalt der deutschen Bewegung ungleich richtiger, als das von einer Inkonsequenz zur andern taumelnde England zu würdigen weiß. Die Auseinandersetzung zwischen den Häusern Oldenburg und Augustenburg wird dadurch zu einer internen, nur Deutschland berührenden Angelegenheit; und man glaubt mit Bestimmtheit zu wissen, daß Oldenburg dieselbe in einer den Interessen Deutschlands vollkommen zusagenden Weise erledigen will."

Frankreich.

Paris, 12. Juni. Der „Courrier du Dim." hat durch seinen Wiener Korrespondenten den in ausführlichem Auszug bereits bekannten Wortlaut des Kollektivvorschlags Oesterreichs und Preußens in der Konferenzsitzung vom 28. Mai erhalten. Die Hauptstelle darin lautet:

Da die Forderungen Oesterreichs und Preußens, welche während der letzten Sitzung der Konferenz vorgelegt wurden, von den Herren Bevollmächtigten Dänemarks als durchaus unannehmbar erklärt worden sind, selbst wenn man annehmen wollte, daß ein Bundesbeschluß das Erbfolge-Recht seiner Maj. des Königs von Dänemark in den Herzogthümern zugeben würde, so haben die Bevollmächtigten der verbündeten Mächte die Instruktion erhalten, gemeinschaftlich mit dem Bevollmächtigten des Deutschen Bundes die vollständige Trennung der Herzogthümer Schleswig und Holstein unter der Souveränetät des Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg zu verlangen, da Letzterer nicht allein in den Augen Deutschlands die meisten Anrechte auf die Thronfolge in den Herzogthümern geltend machen kann, und mithin seine Anerkennung Seitens des Deutschen Bundes gesichert ist, sondern er auch zweifelsohne die Stimme der ungeheuern Majorität der Bevölkerung des Landes für sich haben würde. — Die gesperrt gedruckten Worte sind nach inspirirten Frankfurter Mittheilungen auf Wunsch des Hrn. v. Beust in den Vorschlag aufgenommen worden, welcher hierüber die Genehmigung des Bundes nachgesucht und erhalten habe.

♁ **Paris,** 13. Juni. Der Kaiser und die Kaiserin von Mexiko waren nach den letzten Berichten auf La Martinique eingetroffen. Die Ueberfahrt war eine glückliche. Uebrigens lauten die Nachrichten aus Mexiko, wo Juarez neuerdings an der Spitze einer Armee von 20,000 Mann zu stehen scheint, immer noch nicht günstig. Dem jungen Kaiserreiche droht überdies ein Schlag, noch gefährlicher, als die Streitmacht des Juarez. Die mexikanische Anleihe, zu 63 Proz. emittirt, ist unverkäuflich zu 56½. Angesichts dieses Verhältnisses sind die Subskribenten wenig geneigt, eine zweite Einzahlung zu leisten. — Eine Depesche aus Algier vom 9. Juni bestätigt den Tod des Agitators Si-El-Azerey; er fiel am 6. im Kampfe gegen General Rose. — Wie der „Abend-Moniteur" von der Westküste Afrika's erfährt, mußte die englische Expedition gegen den König der Ashantees sich nach beträchtlichen Verlusten zurückziehen. — Auf Madagascar sieht man dem Ausbruch ernster Unruhen entgegen, da Rainivoninahitriony, Gemahl der Königin, in Folge der Entdeckung einer Verschwörung gegen seine Regierung es für gut fand, eine allgemeine Entwaffnung anzuordnen. — Die Angelegenheit des Herzogs von Aumale gegen den Polizeipräfekten gelangte vorigen Samstag zur Verhandlung, wurde aber auf 14 Tage verschoben. — Die Unterhandlungen wegen des französisch-schweizerischen Handelsvertrags dauern ununterbrochen fort. Heute fand eine deßfallsige Besprechung im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten statt. — Nach der vom „Moniteur" veröffentlichten Uebersicht der Betriebsresultate der französischen Eisenbahnen im 1. Quartal 1864 beträgt die Gesammtlänge der verschiedenen Linien 12,072 Kilom. Die Bruttoeinnahmen beliefen sich auf 114,510,333 Fr., d. i. um brutto 5,580,606 Fr. mehr als 1863. Das kilometrische Erträgniß dagegen erlitt, durch Hineinziehung des neuen Bahnnetzes, eine Abnahme von 280 Fr. pr. Kilometer. — Um den Kapitalisten die Unbequemlichkeit zu ersparen, ihre Rententitel

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

jedesmal zur Zinsenabstempelung zu hinterlegen, beabsichtigt die Regierung, die Rente mit Coupons au porteur zu versehen. — Die Börse war außerordentlich flau; die Baisse der Consols um 3/8 vermehrte noch die schlechte Stimmung. Rente fiel auf 66.85, Cred. Mob. um 40 Fr. auf 1077.50, ital. Anl. auf 69.95. Letzterer Werth wurde am Schluß nominell wieder 70.05 notirt.

Niederlande.

Haag, 9. Juni. (Köln. Ztg.) Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten wurde von der Ersten Kammer mit einem Vertrauensvotum erfreut. Sein Budget wurde einstimmig angenommen. Der Abstimmung ging eine kleine Debatte voraus, in welcher Hr. Boreel sich beklagte, daß die Regierung zu wenig Geld für die Diplomatie ausgebe; dieser Umstand sei auch unter Anderm schuld, daß die Unterhandlungen mit dem Deutschen Bunde wegen Limburgs noch zu keinem Ergebniß geführt hätten. Ein anderer Redner, Hr. Andringa, bemerkte, daß, da die auf Limburg fallende Exekutionsquote von 80,000 fl. vom ganzen Lande getragen werde, die limburger Bevölkerung, beziehungsweise deren Repräsentation sich über eine stiefmütterliche Behandlung von Seiten der Regierung nicht zu beklagen hätte. Der zweite Gesetzentwurf, die so hart bekämpfte Reform der Vorbildung der indischen Beamten, ging wider alle Vermuthung mit 20 gegen 11 Stimmen durch. Die Kolonialkonservativen sind außer sich.

Dänemark.

Kopenhagen, 11. Juni. (Nat.-Ztg.) Die gestern offiziell angekündigte Verlängerung der Waffenruhe bis zum 25. d. M. gibt „Dagbladet" Gelegenheit, die Regierung vor einer etwaigen nochmaligen Prolongation zu warnen, wenn nicht zuvor ein klares Einverständniß über eine wirkliche und beruhigende Friedensgrundlage zu Stande gekommen sei. Ein hier zur Unterschrift ausgelegter Entwurf zu einer Adresse an den König redet geradezu von der Nothwendigkeit einer Fortführung des unterbrochenen Krieges. Die Schlußworte lauten:

Aus denjenigen Bezirken des Reichs, welche am schwersten den Druck des Krieges empfanden, sind kräftige Worte an Ew. Majestät gerichtet worden, über die Bereitwilligkeit, mit welcher sie im Interesse des Vaterlandes auch in Zukunft leiden und dulden wollen. Wir schließen uns diesen Stimmen an, indem wir Ew. Majestät erklären, daß wir zu jedem Opfer bereit sind, welches von uns zur Rettung Dänemarks gefordert werden dürfte.

Diese Berufung auf Stimmen aus Jütland will insofern sehr wenig bedeuten, als die dortige ländliche Bevölkerung sich stets wesentlich passiv verhielt, und bei eiderdänischen Adressen und Wahlen sich fast ganz von der dänischen Bureaukratie gängeln ließ. Der Adreßentwurf ist von den am Dienstag gewählten Abgeordneten Kopenhagens und andern eiderdänischen Notabilitäten unterzeichnet. — Hr. v. Quaade soll in Beziehung auf die schleswig'sche Theilungslinie darauf aufmerksam gemacht worden sein, daß die dänische Regierung es für ganz besonders wünschenswerth erachten müsse, auch ferner den Tönninger Hafen zu besitzen, da dort die südschleswig'sche Eisenbahn ausmünde, und die dänische (?) Ausfuhr nach England des Hafens bedürfe.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 9. Juni. (Nat.-Ztg.) Am Tag vor seiner Abreise ins Ausland hat der Kaiser noch die Genugthuung gehabt, folgende Depesche seines Bruders Michael, Statthalters im Kaukasus, zu empfangen:

Ich habe die Ehre, Ew. Majestät meine Glückwünsche zu übersenden aus Anlaß des glorreichen Endes des kaukasischen Kriegs; in diesem Augenblick bleibt im Kaukasus nicht ein einziger ununterworfener Stamm. Gestern haben die Abtheilungen des Generalleutnants Prinz Mirski und der Generalmajore Schatilow, Heymann und Grabbe hier ihre Vereinigung bewerkstelligt und heute wurde ein Tedeum in Gegenwart sämmtlicher Truppen zelebrirt; ihre Gesundheit ist befriedigend und ihr Aussehen vortrefflich.

Datirt ist das Dokument von Atchipskhoon, 21. Mai (2. Juni). Sonderbarer Weise fiel am selben Tag im englischen Oberhaus der harte Ausspruch Lord Russell's über das Benehmen der Russen im Kaukasus, und das Versprechen, die betreffenden Dokumente mitzutheilen, hat hier nicht sehr angenehm überrascht.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 7. Juni. (Nat.-Ztg.) Die hiesigen Anhänger der skandinavischen Idee haben die Anwesenheit des Königs zur Ausführung einer politischen Demonstration benützt. Am Dienstag wurde auf Einladung von Lector Daa, Professor Broch, Professor Aschehoug und Anderen in dem hiesigen Börsengebäude eine Volksversammlung abgehalten, und die Bildung eines skandinavischen Vereins vorgeschlagen. Die herbeigekommenen kaum 180 Personen genehmigten den Vorschlag nach geringer Diskussion. Regierungsadvokat Dunker machte geltend, daß der jetzige Augenblick nicht günstig, und daher der beabsichtigte Schritt lieber zu vertagen sei; man müsse das nordische Vaterland retten, bevor man sich mit Berathungen über dessen staatsrechtliche Organisation beschäftigen dürfe. Inzwischen erklärten sich 150 Stimmen gegen 18 Stimmen für die sofortige Bildung des Vereins. Als Programm wurde aufgestellt: Anordnung von skandinavischen Versammlungen zur Förderung der gemeinsamen Angelegenheiten durch Diskussion und Vorträge, sowie später durch die Herausgabe von Schriften. Der Verein findet außerhalb Christiania's wenig Anklang.

Amerika.

* **Southampton,** 13. Juni. Die „Seine" ist mit der Post aus Westindien und dem Stillen Ozean angekommen. Unter den Reisenden befindet sich Hr. Mazarredo, spanischer Kommissär in Peru. Die Meldungen bestätigen die Fortdauer der Blokade von Acapulco. Der Kaiser und die Kaiserin von Mexiko waren am 21. Mai in Jamaika angekommen und am folgenden Tag nach Vera-Cruz weiter gefahren.

Chili trifft große Vorbereitungen zum Krieg gegen Peru. Die auswärtigen Vertreter in Lima haben vergeblich ein gütliches Abkommen zwischen Peru und Spanien herbeizuführen gesucht. Die peruanische Regierung weigert sich, Unterhandlungen anzuknüpfen, so lange die spanischen Agenten einen Gebietstheil von Peru besetzt halten. Die peruanischen Behörden hatten den Plan gefaßt, das Paketboot „Talca" auf der Fahrt von Peru nach Panama anzuhalten, um sich der Person des Hrn. Mazarredo mit Gewalt zu bemächtigen. Der Kapitän des englischen Kriegsdampfers „Leander" vereitelte jedoch diesen Plan durch die Erklärung, daß er in diesem Fall alle in dem Hafen stationirenden peruanischen Kriegsschiffe in Besitz nehmen werde. Unter den Reisenden des „Talca" befanden sich vier peruanische Emissäre, welche mehrere Neger zur Ermordung des Hrn. Mazarredo bei seiner Ankunft in Panama gedungen hatten (!). Die drohende Haltung dieser Neger nöthigte Hrn. Mazarredo, sich sofort nach der Landung in Panama in das Haus des Hrn. Nelson zu flüchten. Dies rettete ihm das Leben; allein das französische Generalkonsulat, wo man ihn verborgen glaubte, wurde angegriffen. Die peruanischen Agenten schlugen die Fensterscheiben ein, rissen die Fahne herunter, und verübten noch andern Unfug.

Hr. Mazarredo ist am 21. Mai in aller Frühe von Panama abgereist, stets von einer Mörderbande bis nach Aspinwall verfolgt. Er verdankt sein Leben nur der Hingebung der Offiziere der englischen Paketboot-Linie.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 6. Juni. 18. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Unter dem Vorsitz des durchlauchtigsten Präsidenten, Sr. Großh. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Baden. (Fortsetzung aus der Beilage.)

Artaria: Jede Verfassung erkennt die Nothwendigkeit an, daß auch solche Mitglieder in der Ersten Kammer sitzen. Die Ernennung von Seiten der Regierung ist freilich geeignet, denselben den Anschein der Unselbständigkeit zu geben. Dem wird aber theilweise abgeholfen durch den Vorschlag, daß sie auf 8 Jahre ernannt werden sollen. Ich halte dies für eine entschiedene Verbesserung gegenüber dem bisherigen Modus und auch praktischer als die Ernennung auf Lebenszeit. Denn die Menschen werden eben im Lauf der Zeit alt und schwach — ist aber Einer auf Lebensdauer ernannt, so kann man ihm das Recht, zu erscheinen, nicht mehr nehmen, wenn sein Erscheinen auch weder im Interesse des Hauses, noch in seinem eigenen mehr liegt.

Die Ernennung auf eine gewisse Zeit ist daher vorzuziehen, und der vorgeschlagene Zeitraum scheint mir auch das rechte Maß zu halten; er ist weder zu groß, noch zu klein.

Daß die Regierung in diesem Haus, das die Aristokratie des Landes vertreten soll, auch ihre Vertreter habe, ist nicht zu bedauern: sie hat in der Zweiten Kammer keine Vertreter.

Allerdings wird sie nur Leute ernennen, von denen sie weiß, daß sie mit ihren Ansichten übereinstimmen — allein die Anzahl derselben ist doch wieder so klein, daß diese nie dominiren werden. So kann ich also den Kommissionsvorschlag nur empfehlen.

Staatsrath Dr. Lamey: Man kann von diesen Bestimmungen keine betrachten, ohne daß man zugleich die andern mit ins Auge faßt; die Zusammensetzung dieses Hauses ist eben nicht nach einem, sondern nach verschiedenen Prinzipien erfolgt.

Daß die Regierung sich irgend einen Einfluß bewahrt, ist nothwendig. Die Ernennung lebenslänglicher Mitglieder gibt ihr einen solchen Einfluß, allein nur demjenigen Ministerium und nur für den Zeitpunkt, von welchem und für welchen die Ernennung geschieht. Der Einfluß eines nachfolgenden Ministeriums ist dadurch, statt gewahrt, im Gegentheil bedroht, und um das richtige Gleichgewicht wieder herzustellen, müßte die Regierung zu jeder Zeit ein unbeschränktes Ernennungsrecht, das Recht des sog. Pärsschubs, haben. Da der Einfluß der Regierung ein ständiger, unter jedem Ministerium und jeder Zeit fortwirkender sein muß, hat man nur die Wahl zwischen diesem für unser Land nicht empfehlenswerthen System des Pärsschubs, oder dem bisherigen, der Ernennung auf kürzere Zeit.

Die Bestimmung der Verfassung hat aber ihren letzten Grund nicht darin, der Regierung in bequemer Weise einen gewissen Einfluß zu sichern, sondern sie ist durch das Interesse des Staats, selbst durch die Art der Zusammensetzung der Kammer geboten. Indem man in derselben vorzugsweise Standesinteressen repräsentiren ließ, war man genöthigt, auch den allgemeinen Landesinteressen eine Stimme zu sichern; und je mehr die Interessenvertretung in diesem Haus ausgeprägt wird, je mehr muß man hierquf sehen.

Man könnte dies nun auf verschiedene Weise thun, man könnte z. B. die Kreisversammlungen wählen lassen. Allein man käme dabei in die Gefahr, unter den Bestandtheilen dieses hohen Hauses einen gefährlichen Zwiespalt hervorzurufen, der leicht dem Ansehen der kraft einer besondern Berechtigung Berufenen viel gefährlicher werden könnte, als die Berufung einer Anzahl von Abgeordneten neben ihnen durch den Landesherrn.

Bei der Organisation einer Kammer darf man die, wenn auch noch so unrichtige Anschauungsweise aufgeregter Zeiten nicht vergessen, welche sehr geneigt ist, nur die aus der ausgedehntesten Wahl hervorgegangenen Abgeordneten als Volksvertreter anzuerkennen. Gesellen Sie hier den durch besondere Berechtigung Berufenen andere Mitglieder bei, welche durch ausgedehnte Wahlen berufen werden, so stören Sie die Harmonie des Hauses, und vor Allen würden jene zuerst bezeichneten Mitglieder es zu beklagen haben.

Dann ist aber auch ein Ausgleichungsmittel unentbehrlich, um einen prinzipiellen andauernden Dissens zwischen diesem und dem andern hohen Hause und der Regierung, und damit einen Stillstand des ganzen Staatslebens zu verhüten. Ein solches Ausgleichungsmittel ist die Ernennung landesherrlicher Abgeordneten.

Daß diese von der Regierung in einer bestimmten Richtung gewählt werden, daß sie nicht absolute Gegner ernennen wird, versteht sich freilich von selbst. Andererseits ist aber auch nicht zu befürchten, daß sie von einseitigem Parteistandpunkt aus nur unbedingt ergebene Anhänger berufe. Durch die Natur der Dinge selbst ist sie genöthigt, und die Erfahrung hat dies bestätigt und sanktionirt, nur ausgezeichnete hervorragende Männer zu berufen.

Dieses Element ist in dem Verfassungsleben kleiner Staaten nicht zu entbehren; es ist nur ein Unglück, daß zu wenige hereingebracht werden können. Allein ohne sie würden die andern Elemente selbst den schlimmsten Stand erhalten, und den Verlust dieses Elements müßte die Regierung als eine Schwächung und Alternirung der Verfassung selbst betrachten, die sie nicht verantworten könnte. Die Regierung muß einen gewissen Einfluß haben, wodurch sie bei Differenzen ausgleichend wirken kann.

Geh. Rath Dr. Bluntschli: Als ich die Einrichtung, wie sie hier verfassungsmäßig ist, zum ersten Mal kennen lernte, war ich erstaunt; je mehr ich aber davon erfuhr und sah, desto mehr überzeugte ich mich, daß sie viel besser ist, als alle ähnlichen Einrichtungen in den übrigen deutschen Ländern.

Die Einrichtung einer Ersten Kammer kommt wie unser gesammter Konstitutionalismus von England her, und dort herrscht die Praxis, daß nur erbliche Mitglieder des Oberhauses bezeichnet werden.

An und für sich halte ich das nicht für das non plus ultra staatsmännischer Weisheit, und wenn dort das Oberhaus schließlich die richtige Stellung einzunehmen gelernt hat, so liegt der Grund einzig in den politischen Kämpfen, die vorausgegangen sind. Dort stand eben von jeher die hohe Aristokratie an der Spitze des politischen Lebens. Dort ist nun einmal dieser Geist vorhanden und macht, daß die Institution sich bewährt, obwohl auch die Uebelstände sich zeigen, und viele aus Geistes- oder Altersschwäche an den Verhandlungen nicht Theil nehmen.

Das englische Oberhaus hat im Lauf der Zeit gelernt, keine systematische Opposition zu machen — aber nur nach großen Kämpfen; und auch dort mußte ein Korrektiv gefunden werden, um die Harmonie herzustellen: der sog. Pärsschub. Also auch dort hat man solche Mittel.

Gerade in diesem Punkt ist aber in Deutschland die Nachahmung des konstitutionellen Systems schlecht gelungen, und zum größten Theil liegt der Grundfehler in der Zusammensetzung der Ersten Kammern.

Man ging davon aus, man müsse die Erste Kammer so selbständig als möglich stellen; man gründete sie daher auf Erblichkeit und Lebenslänglichkeit. Die Folge war, daß beide Kammern fortwährend im Streit mit einander liegen, daß der Staat in Gefahr kommt, die nöthigsten Dinge nicht erreichen zu können, nur wegen dieser Differenzen.

Man hat sich freilich auch das englische Mittel vorbehalten; allein manchen Ministerien war der Zwiespalt der Kammern sehr angenehm, sie benützten die Opposition des einen Hauses, um die Thätigkeit des andern brach zu legen und die Uebelstände in einem Parteiinteresse auszubeuten.

Die Einrichtung der badischen Verfassung ist sehr viel praktischer und besser, denn Harmonie muß geschafft werden, und dies große Ziel wird außerordentlich gefördert durch die Einrichtung, wie sie hier besteht. Ich bin nun nicht der Meinung, daß die Regierung die von ihr Ernannten blos als ihre Werkzeuge betrachte; ich glaube auch, daß die Ernannten selbst sich nicht so betrachten; allein ich bin der Meinung, daß es nothwendig sei, auch dem Staat Mittel an die Hand zu geben, wenn eine Disharmonie sich einstellen sollte, diese zu beseitigen.

Der Natur der Dinge nach ist die Wahl kein Mittel, aristokratische Elemente zu erkennen. Die Wahl ist etwas demokratisches, sie geht von unten herauf; die aristokratischen Elemente können nur von oben herab gesehen und erkannt werden. Und wer steht an der Spitze, wenn nicht der Fürst, die Regierung? Sie ist fähiger als irgend eine Körperschaft, hier die Wahl zu treffen.

Ein solches Korrektiv hat man übrigens überall, nur meist in den schlechtesten Formen, in den Formen der Erblichkeit, die keine Garantie gibt, daß ein Geschlecht nicht verfalle, absterbe — in der Form der Lebenslänglichkeit, die ebensowenig die Garantie politischer Fähigkeit gibt. Es werden doch immer nur reifere Männer ernannt, die dann wohl noch längere Zeit im Vollbesitz ihrer Kräfte sind, später aber nicht mehr im Stande sind, in großartiger Weise den wechselnden Bedürfnissen des Lebens zu genügen.

Man führt als Grund für diese Formen die vermeintliche Selbständigkeit an — allein gerade hier zeigt die Erfahrung das Gegentheil. Nur zu oft ist es vorgekommen, daß man eine Person als lebenslängliches Mitglied ernannte, nur ihrer Unselbständigkeit wegen. Ist die Regierung aber genöthigt, von Zeit zu Zeit zu revidiren, so ist dadurch schon die öffentliche Meinung aufmerksamer und die Regierung muß darauf Rücksicht nehmen. Kann sie aber auf Lebenszeit ernennen, so läßt sich wohl ein Moment erhaschen, wo Niemand darauf achtet. Es ist aber zweckmäßiger, wenn die Regierung genöthigt ist, auch hier auf die öffentliche Meinung zu achten und von ihrem Ernennungsrecht nicht blos nach Gunst oder gar nach Rücksichten der Courtoisie Gebrauch machen kann.

Dies ist der Grundgedanke der badischen Verfassung, und er ist besser als der irgend einer andern.

Nur eine Korrektur ist insofern anzubringen, als der rasche Wechsel einigen Nachtheil hat, mit Bezug auf den Glauben des Menschen eher als die Sache; allein auch die feinen Fühlungen des Ehrgefühls sind in aristokratischen Dingen zu beachten, und daher wird der Vorschlag gemacht, die Ernennung auf 8 Jahre geschehen zu lassen.

Wenn ernste Differenzen die Auflösung der Kammern nach sich ziehen, so hat die Regierung dann wieder die Einheit des Staats zu repräsentiren, und jede Regierung muß diese repräsentiren.

Fürst zu Löwenstein: Ich habe keinen Antrag gestellt; ich wollte nur meine Abstimmung motiviren, indem ich dafür halte, daß es der Wahrheit des Begriffs, der Vertretung der Bevölkerung des Landes nicht entspricht, wenn die Regierung innerhalb der Kammern selbst vertreten wird.

Geh. Rath v. Mohl: Es wäre dies ganz richtig, wenn wir Niemand zur Vertretung zuließen, als wer unmittelbar aus der Wahl des Volkes hervorgeht. Wie wir aber das absolute Wahlsystem verlassen, muß man sich auch ein solches Korrektiv gefallen lassen, und ein vermittelndes Element in der Kammer ist dann nothwendig. Sonst riskirt man, daß Alles in die Hand einer ganz kleinen Koterie kommt, oder daß der Staat vollkommen stillsteht. In jeder Verfassung macht sich dies Bedürfniß fühlbar. Die Gegensätze freilich, die bei Entstehung unserer Verfassung viel schroffer waren, sind heutzutage ausgeglichen — allein es können andere entstehen, und da muß gesorgt werden, daß der Staat nicht in Stillstand geräth.

Die Kommission schlägt die Ernennung auf 8 Jahre vor — ich bin damit einverstanden, daß die Ernennung nicht auf Lebensdauer geschehe, sondern auf eine beschränkte Zeit; denn es ist vor Allem dafür zu sorgen, daß keine Gerontokratie entstehen kann. Man kommt mit der Ernennung auf Lebensdauer um so mehr in Verlegenheit, als es sich fragt, ob der so Ernannte nur renuntiiren kann, wenn er auch durch Altersschwäche vielleicht unfähig geworden ist.

Selbst die Zeit von 8 Jahren finde ich etwas lang. Auch bei dieser

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Zeitbestimmung kann es kommen, daß die Thätigkeit des Einzelnen nicht mehr erwünscht erscheint.

Gut ist jedenfalls, daß ein Maximum festgesetzt ist, wonach die Ernennung nicht länger als auf 8 Jahre geschehen kann.

Fürst zu Löwenstein: Die Standesherren sind auch wahre Vertreter des Volks, die nur die Bevorzugung genießen, daß sie ungewählt die Interessen der Bevölkerung vertreten; aber sie vertreten sie nichtsdestoweniger.

Hofrath Dr. Schmidt: Die deutschen Verfassungen sind in diesem Punkt sehr verschieden. Nach unserer Verfassung konnte die Regierung diese Abgeordneten sowohl auf Zeit als lebenslänglich ernennen.

Der Hauptgrund, den man für die Ernennung auf Lebenszeit geltend gemacht hat, ist, daß nur die so Ernannten wahre Vertreter des Volks seien, die auf Zeit Ernannten nicht; allein das geht zu weit. Wenn die von der Regierung Ernannten überhaupt nicht Vertreter des Volks sein sollen, so sind es auch die auf Lebensdauer Ernannten nicht.

Die von der Regierung Ernannten haben gewiß denselben Anspruch darauf, wie die übrigen, als Vertreter des Volkes betrachtet zu werden, und die Kammer hat allen Grund, mit der gegenwärtigen Einrichtung zufrieden zu sein, denn sie hat auf diesem Wege viele ausgezeichnete Männer in ihrer Mitte gesehen.

Für einen kleinen Staat ist die Ernennung auf Lebensdauer deßhalb unbrauchbar, weil sie fordert, daß die Zahl der zu Ernennenden unbeschränkt sei; im Lauf der Zeit aber können die Systeme wechseln und die Zahl der Glieder dieses Hauses würde dann zu groß werden. Denn jedes Ministerium muß solche herein bringen, die nicht absolute Gegner desselben sind, damit eine Harmonie hergestellt werde.

In unserer Ersten Kammer hat sich die bisherige Einrichtung bewährt; gerade auf diesem Wege wurden ausgezeichnete Männer hereingebracht, die je für die einzelnen Fragen besonders wünschenswerthe Kräfte boten. In dieser Beziehung ist die Partialerneuerung von 1/4 etwas zu klein; sie bietet aber doch nicht solche Nachtheile, daß die Vortheile nicht überwögen. Auch die öffentliche Meinung muß sich gewöhnen, das richtige Urtheil über den Einzelnen sich zu bilden. Die Unabhängigkeit kann Niemanden gegeben werden, sie muß in ihm liegen; die öffentliche Meinung legt aber auch Gewicht auf einen gewissen Schein, und der Einzelne selbst wird mit größerer Liebe und Hingebung arbeiten, wenn er auf längere Zeit seinen Sitz in der Kammer hat; er gewinnt sodann auch größere Erfahrung in der Kammerthätigkeit selbst, und auch Das hat seinen Werth.

So ist der Kommissionsvorschlag ein vermittelnder, und läßt der Regierung die Mittel, jederzeit frische Kräfte in dieses Haus einzuführen, während er die äußere Stellung der Einzelnen verbessert und die Liebe und Freude zur Arbeit hebt.

Graf v. Berlichingen: Darin stimme ich dem Hrn. Berichterstatter vollkommen bei: die Unabhängigkeit muß angeboren sein, sie läßt sich nicht erkaufen.

Ich lege aber besondern Werth darauf, daß der Regierung auf diesem Wege Mittel geboten sind, für die einzelnen Fragen, über welche Vorlagen gemacht werden, Spezialitäten in das Haus zu bringen, für die wir schon sehr dankbar zu sein allen Grund hatten.

Daß die Regierung gerade nur Solche wählen soll, die unbedingt mit ihr einverstanden sind, damit bin ich nicht einverstanden; Fähigkeit ist die Hauptsache, welcher Partei im Lande dieselbe angehöre, und die Regierung muß allen Parteien im Lande dieselbe Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Staatsrath Dr. Lamey: Ich habe nur gesagt, sie wird keine absoluten Gegner hereinbringen, und Das ist doch natürlich; nicht aber sie wird nur Solche hereinbringen, die unbedingt mit ihr einverstanden sind.

Graf v. Berlichingen: Die Regierung hat auf dem vorigen Landtage auch schon anders verfahren. Es hat die Regierung auch schon Solche ernannt, die nicht mit ihr gestimmt haben; sie hat damit nur allseitig Anerkennung gefunden.

Abs. 2 wird hierauf angenommen. (Fortsetzung folgt.)

†† Karlsruhe, 14. Juni. 59. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Handelsministeriums, Staatsrath Mathy; Ministerialrath Poppen.

Nach Eröffnung der Sitzung zeigt Abg. Diez den druckfertigen Bericht über die Entschädigung der Grundherren an.

Die Tagesordnung führt zur Fortsetzung der Berathung des vom Abg. Friderich erstatteten Berichts über das Budget der Verkehrsanstalten.

Tit. II. Verwaltungskosten der Eisenbahnbetriebs-Verwaltung.

Abg. Gerwig beantragt, die an der Besoldung eines Bahnbau-Inspektors von 1600 fl. gestrichenen 200 fl. zu bewilligen.

Die Abgg. Schaaff, Achenbach und Bär unterstützen diesen Antrag, während Abg. Kusel den Kommissionsantrag vertheidigt.

Der Antrag des Abg. Gerwig wird schließlich mit großer Majorität angenommen.

Die übrigen Anforderungen werden genehmigt, dabei nach dem Kommissionsantrage von den zu 1700 fl. veranschlagten Besoldungen der Eisenbahnamts-Vorstände zu Freiburg und Schaffhausen 100 fl. gestrichen.

Bei Tit. III werden die allgemeinen Betriebskosten der Eisenbahn mit 1,029,900 fl. ohne Diskussion genehmigt.

Bei §. 33 Gehalte und Belohnungen des Fahrpersonals beantragt die Kommission für die neu zugehenden Zugmeister, Heizer und Wagenwärter die im letzten Budget festgestellten fixen Gebühren zu bewilligen, für das schon vorhandene Personal derselben Kategorie die erhöhten Sätze, für Lokomotivführer und Reserveführer die volle Bewilligung auch für das neu zugehende Personal.

Abg. Diez stellt den Antrag auf ungeschmälerte Bewilligung der Regierungsforderung, welcher vielfach unterstützt und schließlich nach kurzer Berathung mit 26 gegen 20 Stimmen angenommen wird.

Zu §. 35 Anschaffung von Lokomotiven bemerkt der Bericht:

Seit zwei Jahren begegnen wir hier keiner Anforderung, weil die Anschaffung der nöthigen Dampfwagen, so lange noch neue Eisenbahnlinien erbaut werden, immer im Baubudget vorgesehen ist; mit den noch in Bestellung gegebenen 8 Maschienen beträgt die ganze Zahl unserer Lokomotiven 155 Stück zu einem durchschnittlichen Preis von 30,000 fl., ein Kapital von 4,650,000 fl.

Die einzelnen Posten werden nach den Kommissionsanträgen angenommen; ebenso ohne Diskussion

Tit. IV. Betriebskosten des Telegraphen.

III. Budget der Bodensee-Dampfschifffahrts-Verwaltung. Der Bericht bemerkt hiezu:

„Zum ersten Mal haben wir unserer Berathung den Betrieb der Bodensee-Dampfschifffahrt zu unterziehen.

Die großh. Regierung hat es mit der Ausdehnung unserer Eisenbahnen bis zum Bodensee für zweckmäßig und vortheilhaft im Interesse des großen Verkehrs, wie unserer gesammten Verkehrsanstalten erachtet, sich in den Besitz der Aktien, welche von der Bodensee-Dampfschifffahrts-Gesellschaft ausgegeben waren, zu setzen. Das Aktienkapital bestand aus 630 Aktien à 300 fl., gibt 189,000 fl.; es gelang der großh. Regierung durch umsichtiges Verfahren, in kurzer Zeit sich sämmtliche Aktien um die Summe vom 187,708 fl. zu verschaffen, welcher Betrag auf die Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse am 15. März 1863 übernommen wurde; an gleichem Tage ging auch der Betrieb der Dampfschifffahrt an die Eisenbahnbetriebs-Verwaltung über.

Wir zollen dem Erwerb dieser Transportanstalt unsern Beifall. Die einheitliche Leitung, wie Betrieb dieser und der andern Verkehrsanstalten wird die Vortheile in kurzer Zeit zu Tage fördern, welche daraus nothwendig resultiren müssen, das aufgewendete Kapital wird neben dem volkswirthschaftlichen Nutzen eine gute Verzinsung erhalten, so lange nicht die schon oft besprochene Bodenseegürtel-Eisenbahn hergestellt sein wird, welche dann ohne Zweifel den größten Theil des Güterverkehrs, wie einen Theil des Personenverkehrs an sich ziehen wird.

Die Zahl der übernommenen Dampfschiffe beträgt im Augenblick 5; hierunter ein neues, ein sechstes ist in Bestellung gegeben; diese Zahl wird für den Dienst der nächsten Zeit genügen.

Der klaren Uebersicht wegen halten wir die Aufstellung eines besondern Etats für Dampfschifffahrts-Verwaltung ganz zweckmäßig."

Die Einnahmen mit 126,872 fl., die Ausgaben mit 116,341 fl. jährlich werden nach kurzen Bemerkungen genehmigt.

IV. Das außerordentliche Budget der Eisenbahnbetriebs-Verwaltung, welches an aufrecht zu erhaltenden Krediten 107,230 fl. und neuen Anforderungen 225,559 fl. beträgt, wird nach kurzer Besprechung genehmigt. Ebenso

V. das Budget über die umlaufenden Betriebsfonds der Post- und Eisenbahnbetriebs-Verwaltung, sowie der Dampfschifffahrts-Verwaltung für 1864 und 1865; ferner

VI. das Budget über den Antheil am Reinertrag der Main-Neckar-Eisenbahn und des Main-Neckar-Staatstelegraphen mit 112,585 fl. für 1864, und 118,730 fl. für 1865.

Der Präsident theilt mit, daß in die Kommission für das Verwaltungsportelgesetz gewählt worden seien die Abgg. Gschrey, Haager, Fröhlich, Heidenreich und Fingado.

Schluß der Sitzung.

†† Karlsruhe, 14. Juni. 60. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Mittwoch den 15. Juni, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts der Budgetkommission über das außerordentliche Budget des Staats-, Justiz-, Finanz-, Kriegsministeriums und des Ministeriums des Innern; erstattet von dem Abg. Gerwig.

Baden.

Karlsruhe, 11. Juni. An den Sekretär der Ersten Kammer, Hrn. Ministerialrath Jolly, ist heute von dem Gesandten des Deutschen Bundes zur Londoner Konferenz, Hrn. v. Beust, nachstehendes Schreiben gelangt:

Ew. Hochwohlgeboren geschätztes Schreiben vom 5. l. M. nebst Anlage habe ich zu empfangen die Ehre gehabt und daraus entnommen, daß die Mitglieder der Ersten Kammer der Stände des Großherzogthums Baden, einen durchlauchtigsten Prinzen des großh. Hauses an der Spitze, sich dem Proteste angeschlossen haben, welcher von vielen Mitgliedern der Landesvertretungen fast aller deutschen Staaten gegen etwaige Eingriffe der hiesigen Konferenz in die Rechte Deutschlands und der Herzogthümer erhoben worden ist.

Ew. Hochwohlgeboren brauche ich nicht erst zu sagen, welche Bedeutung die Einmüthigkeit des deutschen Volkes und seiner landständischen Körperschaften, von welchen die Anlage Ihres gefälligen Schreibens einen neuen und glänzenden Beweis enthält, für mich haben muß.

Ich danke deßhalb nicht nur Ew. Hochwohlgeboren für die geneigte Uebersendung der erwähnten Erklärung, sondern ich danke auch den hochgeehrten Unterzeichnern dieser Erklärung für die Unterstützung, welche sie der von mir vertretenen Sache durch die Kundgebung ihrer Gesinnung leihen.

Wenn Ew. Hochwohlgeboren schließlich die Hoffnung ausgesprochen haben, daß die schleswig-holsteinische Angelegenheit eine solche Lösung finden werde, bei welcher unsere nationale Ehre zu bestehen vermöge, so freue ich mich, diese Hoffnung theilen zu können.

Genehmigen ꝛc. (gez.) v. Beust. London, 19. Mai 1864.

Freiburg, 11. Juni. (Frbgr. Ztg.) Der hiesige Ausschuß für Schleswig-Holstein hatte vor einiger Zeit beschlossen, den Landesausschuß einzuladen, auch andere Ausschüsse Badens zu Beitrittserklärungen zu der von hier an Frhrn. v. Beust abgegangenen Rechtsverwahrung aufzufordern. Der Landesausschuß hat auf dies hin den hiesigen Ausschuß ersucht, seinerseits jene Erklärung anderer Ausschüsse zu veranlassen. Dies ist geschehen und bereits ist zu Handen des Präsidenten des hiesigen Ausschusses, Hrn. Hofgerichtsraths Eimer, eine Reihe von solchen Rechtsverwahrungen eingelaufen, bis jetzt von den Bezirksausschüssen Breisach, St. Blasien, Konstanz, Neckarbischofsheim (mit 375 Unterschriften), Schönau, Sinsheim, Staufen, Stockach und Ueberlingen. Diese alle schließen sich dem Wortlaut der von dem Erlanger Verein vorgeschlagenen Erklärung an. Einzelne haben noch einen Zusatz in Betreff der Theilung Schleswig-Holsteins hinzugefügt. In der Fassung des Ausschusses von Stockach lautet dieser letzte Theil folgendermaßen: „Insbesondere gibt uns der gegenwärtige Stand der Friedensverhandlungen, wodurch eine Theilung Schleswigs beabsichtigt ist, Veranlassung, auszusprechen, daß keine Macht der Erde das Recht hat, auch nur über eine Handbreit schleswig-holsteinischen Bodens ohne den Willen der gesetzlichen Vertreter des Volkes und seiner rechtmäßigen Regierung zu verfügen, und daß wir einen Dem entgegenstehenden Beschluß der Londoner Konferenz als rechtlose Gewaltthat an Deutschland und unverbindlich für dasselbe bezeichnen müssen. Ebenso weisen wir die Forderung der nichtdeutschen Mächte, in Schleswig-Holstein keine Bundesbefestigungen errichten zu dürfen, mit Zorn und Entrüstung als schwere Beleidigung für jeden Deutschen von uns." Diese Erklärungen und die noch ferner eingehenden wird der hiesige Ausschuß an den Frhrn. v. Beust nach London absenden.

Aus Kiel ist die Nachricht eingetroffen, daß dort noch immer Sendungen von Wein für die Verwundeten der preußisch-österreichischen Armee sehr erwünscht seien. Auf dies hin hat der Ausschuß an einige Freunde der nationalen Sache am Kaiserstuhl die Bitte ergehen lassen, den Verwundeten durch eine Weinsendung Erquickung zu spenden, und wir können nun berichten, daß von dort eine reiche Sendung in den nächsten Tagen nach dem Kriegsschauplatz abgehen wird.

Freiburg, 13. Juni. (Frbgr. Bl.) Die Schwurgerichts-Sitzung für das II. Quartal d. J. beginnt am 20. d. M. und bringt 4 Fälle zur Verhandlung. 1) Montag den 20., Vormittags 8 Uhr: Anklage gegen Alois Schmidle von Finsterlingen (A.-G. St. Blasien) wegen Tödtung. 2) Dienstag den 21., Vormittags 8 Uhr: Anklage gegen Daniel Hilser von Rohrbach (A.-G. Triberg) wegen Tödtung. 3) Mittwoch den 22., Vormittags 8 Uhr: Anklage gegen Wolf Roos von Schriesheim (A.-G. Ladenburg) und Mayer Hahn von Nagelsberg (K. Württemberg) wegen Wechselfälschung. 4) Donnerstag den 23., Vormittags 8 Uhr: Anklage gegen Georg Jakob Glaser von Theningen (A.-G. Emmendingen) wegen Tödtung.

Vermischte Nachrichten.

— München, 10. Juni. (Nürnb. K.) Sicherm Vernehmen nach hat der regierende König nunmehr auch darüber eine definitive Bestimmung getroffen, daß die unter seinem Vater Max II. begonnenen und von demselben subventionirten wissenschaftlichen Werke und Unternehmungen zu Ende geführt werden sollen, und es sind gleichzeitig von der königl. Kabinetskasse sofort auch die entsprechenden Verfügungen wegen Fortbezahlung der angewiesenen Subventionssummen getroffen worden.

— In München ist am 6. Juni der Landschaftsmaler Robert Zimmermann gestorben.

— Erlangen, 10. Juni. (Nürnb. K.) Auf der gestrigen Versammlung des Schleswig-Holstein-Vereins wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Im Einverständniß mit der Aufforderung des Centralausschusses in Frankfurt und im Anschluß an die Erklärung des Nürnberger Schleswig-Holstein-Vereins vom 6. d. M. protestiren wir auf das entschiedenste gegen jegliche Abtrennung schleswig'scher Gebietstheile ohne die Zustimmung der Bevölkerung." Die Wochenberichte des Vereins werden jetzt in einer Auflage von 3000 Exemplaren verbreitet.

— In Koblenz ist am 11. d. M. der General der Infanterie a. D. v. Holleben verstorben.

— Der preußische Artillerieleutnant C., in Pjedsted bei Fridericia bei einem dänischen Pastor einquartiert, redete diesen bei seinem Eintritt in deutscher Sprache an. „Jeg ikke vorstaae — jeg taler kun dansk" (ich verstehe Sie nicht, ich spreche nur Dänisch), antwortete der Stockdäne dem unwillkommenen Gast. Der Offizier besann sich bald und fuhr fort: „Reverende pastor, si tu ingenue dicere potes, tu ne verbum quidem germanicum intelligere, equidem tibi propone, ut latine loquamur (Hochwürden, wenn Ihr wirklich kein Wort Deutsch kennt, so schlage ich Euch vor, daß wir Lateinisch sprechen)". „Na, da wollen wir doch lieber Deutsch sprechen", erwiederte der überraschte Däne.

— Berlin, 11. Juni. Gestern wurden die Verhandlungen der kirchlichen Konferenz geschlossen. Die von dem Minister der geistl. Angelegenheiten und dem evangelischen Oberkirchenrath gemachten Vorlagen wegen Aufbringung der Kosten der Kreissynoden sind auf das sorgfältigste berathen worden. Das Ergebniß dieser Berathungen, welches in einer, bei Sr. Maj. dem König zu beantragenden königl. Ordre seinen Ausdruck finden wird, läßt erwarten, daß es auf dem eingeschlagenen Weg gelingen werde, die Durchführung und die dauernde Befestigung der Kreissynodal-Einrichtung in den östlichen Provinzen zu sichern und den Uebergang zu der Versammlung von Provinzialsynoden zu erleichtern.

— Der „N. Preuß. Ztg." zufolge wird die diesjährige Konferenz höherer Polizeibeamten im Monat August in Karlsruhe stattfinden.

— Dortmund, 10. Juni. In der heutigen Generalversammlung der hiesigen Volksbank nahm Hr. Schulze-Delitzsch das Wort und gab einige Notizen über den Stand des Genossenschaftswesens in Deutschland überhaupt. Hiernach zählen sämmtliche Genossenschaften, die auf dem Prinzip der Selbsthilfe beruhen, schon 140,000 Mitglieder; dieselben haben über 2 Millionen Thaler eigenes Kapital zusammengeschossen und 400,000 Thlr. Reservefond gesammelt und im vorigen Jahr 40 Millionen Thaler umgeschlagen. Weiter kritisirte er die Systeme der drei neuerstandenen Arbeiterfreunde Lassalle, v. Ketteler und Justizrath Wagner in einem fesselnden und wiederholt von lauten Beifallsäußerungen unterbrochenen Vortrage von fast 1½ Stunde.

♀ Mannheim, 13. Juni. Die Wirkung, welche das Gastspiel Wachtel's an den beiden ersten Spielabenden auf das hiesige Theaterpublikum geübt hat, darf als eine kolossale bezeichnet werden, sowohl rücksichtlich des Besuchs, als des gespendeten Beifalls. Obwohl an einem Werktag und mit Sonntagspreisen, machte der „Postillon" ein so volles Haus, daß ein von der Gallerie herabgeworfenes Geldstück kaum hätte zu Boden fallen können. Gestern zur Aufführung der Hugenotten war der Zudrang so, daß Plätze nur Denjenigen verabreicht werden konnten, die einige Tage vorher ihre Bestellung gemacht hatten. Der Gast wird Mittwochs in „Tell", Freitags im „Troubadour" und Sonntags im „Postillon" oder „Weiße Frau" wieder auftreten. Letztere Gastrolle ist indessen noch nicht bestimmt, da der werthe Gast von leichtem Unwohlsein befallen ist.

Im Präsenzstand der hiesigen Garnison sind in jüngster Zeit einige Aenderungen eingetreten. Die Schwadron des Hrn. Rittmeisters v. Amerongen ist aus Schwetzingen wieder hier eingetroffen, die des Hrn. Rittmeisters Warth zum zeitweiligen Festungsdienst nach Rastatt abgegangen. Ein „Regimentsabend", welcher den Scheidenden und Angekommenen im „Pfälzerhof" gegeben wurde, lockte, da die Regimentsmusik in den Planken spielte, eine große Menge auf den nächst dem Gasthof gelegenen Platz und die benachbarten Straßen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

13. Juni.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 7,50'''	+14,0	S.W.	schw. bew.	heiter, mild
Mittags 2 „	„ 7,23'''	+19,0	„	ganz „	warm. Gew. mit Regen.
Nachts 9 „	„ 7,34'''	+14,5	„	stark „	trüb, mild

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Z.k.532. So eben erschien und ist in der **G. Braun'schen Hofbuchhandlung** in **Karlsruhe** zu haben:

Uebersichtskarte von Baden

in 6 Blatt, Massst.: 1 : 200,000.

Blatt 6. Konstanz.

Preis: Ueberdruck 36 kr., Orig.-Abdr. 1 fl., auf Leinwand gez. 1 fl. 6 kr. und 1 fl. 30 kr.

☞ **Die übrigen 5 Blatt sind zu gleichen Preisen vorräthig.**

Z.k.495. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Vom 15. dieses Monats an werden wieder wie im vorigen Jahre sowohl an den Schaltern des hiesigen Hauptbahnhofes, als auch bei der Station am Mühlburger Thor Abonnementskarten für 10 Hin- und Rückfahrten zwischen Karlsruhe und Maxau mit einer Giltigkeitsdauer bis zum 1. Oktober d. J. zu ermäßigten Fahrpreisen ausgegeben.

Zwischen den am Hauptbahnhofe und jenen am Mühlburger Thor zur Ausgabe kommenden Abonnements-Karten besteht fernerhin kein Preisunterschied mehr, und es beträgt nunmehr die Taxe einer solchen Karte, welche beliebig zur Fahrt von und nach dem Hauptbahnhof oder von und nach der Station Mühlburger Thor benützt werden kann,

für die erste Klasse 4 fl. 30 kr.:
für die zweite Klasse 3 fl., und
für die dritte Klasse 2 fl.

Karlsruhe, den 8. Juni 1864.

Direktion der großh. Verkehrsanstalten.
B. V. d. D.:
Poppen.

Schneider.

Z.k.454. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Mit dem 15. Juni l. J. wird für die Beförderung von **Baumwollenwaaren** in jeder Quantität zwischen verschiedenen **Schweizer-**, bezw. **Bodenseeufer-Plätzen** und **Mannheim** ein **Uebernahmstarif** mit ermäßigten Frachtsätzen in Wirksamkeit treten.

Die diesseitigen Güterexpeditionen zu Mannheim, Waldshut, Schaffhausen und Konstanz werden Exemplare fraglichen Tarifs auf Anfordern unentgeltlich abgeben.

Karlsruhe, den 10. Juni 1864.

Direktion der großh. Verkehrsanstalten.
B. V. d. D.
Poppen.

Schneider.

Z.k.537. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Das Blatt VI — **Konstanz** — der Uebersichtskarte des Großherzogthums wird in nächster Zeit an die Herren Subskribenten ausgegeben werden.

Mit diesem Blatte ist die Uebersichtskarte in 6 Blättern vollendet und kann im Ganzen wie in einzelnen Blättern bezogen werden.

Karlsruhe, im Juni 1864.

Topographische Abtheilung des Großh. Generalstabs.

Gaswerk Bruchsal.

Z.k.527. Bei der am 11. dieses Monats in Bruchsal stattgehabten urkundlichen Ausloosung der pro 1. Dezember 1864 heimzuzahlenden Obligationen hiesigen Gaswerks wurden die Nummern 60 und 87 gezogen; was wir hiemit zur Kenntniß der P. P. Obligationsbesitzer bringen.

J. N. Spreng's Erben.

Kiefernadelbad Gernsbach.

Kiefernadelbäder, Douche- und Kiefernadel-Dampfbäder und Kiefer-Inhalation werden vom 1. Mai an verabreicht.

Logispreise per Woche 4 bis 6 fl.

Unter Zusicherung billiger und reeller Bedienung empfiehlt sich

Z.h.538.

J. Pfeiffer.

Bad Freiersbach.

Z.k.461. Meine Badanstalt ist seit dem **1. Juni** wieder eröffnet. Ich mache nur auf meine **vier**, sowohl quantitativ als auch qualitativ sehr verschiedene Quellen, wie solche **nirgend** sonst vorkommen, aufmerksam, und enthalte mich allen sonstigen Anpreisungen.

Herr Badearzt Dr. Haberer besorgt die ärztliche Leitung der Anstalt, während ich bemüht sein werde, meine verehrlichen Gäste aufs beste zu befriedigen.

Dreimal täglich Postomnibus-Verbindung mit der Eisenbahnstation Appenweier.

Näheres besagen die Tarife der großh. bad. Staatseisenbahnen.

Bad Freiersbach, im Juni 1864.

Börsig,
Badeigenthümer.

Anerbieten.

Z.k.429. Eine Wittwe, gebildet und von guter Familie, die in allen feinen weiblichen Arbeiten bewandert ist und französisch spricht, erbietet sich zur Besorgung der Haushaltung eines ledigen Herrn oder Wittwers oder als Gesellschafterin. Anträge unter Chiffre R. Z. gef. an die Expedition dieses Blattes zu richten.

Z.k.528. Haßloch i. d. Rheinpfalz.

Wegen Krankheit ist eine

Apothekergehilfen-Stelle

frei geworden, die entweder sofort, oder vom 1. Juli bis zum 1. Oktober zu besetzen ist; auch wird ein Lehrling aufgenommen bei

Apotheker **Julius Westhoff** in **Haßloch** i. d. Rheinpfalz.

Z.k.458. Rastatt.

Pferdeverkauf.

Herr Thierarzt Hördt in Rastatt verkauft einen bei der **Karlsruher Pferde-Verloosung** gewonnenen 3½jährigen Schimmel-Wallach.

Z.k.523. In der **C. F. Winter**'schen Verlagshandlung in Leipzig und Heidelberg ist so eben erschienen und in der **G. Braun'schen Hofbuchhandlung** in **Karlsruhe** vorräthig:

Rau, Dr. K. H., Geh. Rath und Professor zu Heidelberg, **Lehrbuch der politischen Oekonomie. Dritter Band. 1. Abtheil.** Fünfte vermehrte u. verbesserte Ausgabe.

Auch unter dem Titel:

Grundsätze der Finanzwissenschaft. Erste Abtheilung. Fünfte vermehrte und verbesserte Ausgabe. gr. 8. geh. Preis 4 fl. 12 kr.

Die zweite Abtheilung befindet sich unter der Presse und soll jedenfalls noch im Laufe dieses Jahres erscheinen.

Im vorigen Jahre erschienen in neuer Auflage:

I. Band: **Grundsätze der Volkswirthschaftslehre.** Siebente Ausgabe. Preis 4 fl. 48 kr.
II. Band: **Grundsätze der Volkswirthschaftspolitik.** In 2 Abtheilungen. Fünfte Ausgabe. Preis 9 fl.

Vollständige, geistreiche, gründliche und leicht faßliche Aufstellung gesunder Grundsätze der politischen Oekonomie, belegt mit einem eminenten Reichthum sorgfältig gesammelter und wohlgeordneter Thatsachen aus der Geschichte und den Zuständen der Gegenwart, mit trefflichen kritischen Hinweisungen auf die betreffende Literatur des In- und Auslandes, das sind die Vorzüge, welche dieses Buch zu einem Hauptwerke unserer Literatur erhoben haben.

R. F. Daubitz'scher Kräuter-Liqueur,

(erfunden und nur allein bereitet von dem approb. Apotheker I. Kl. R. F. Daubitz in Berlin)

als bewährtes Getränk bei schwacher Verdauung, Verschleimung, Hämorrhoidal-Beschwerden u. s. w. von medizinischen Autoritäten empfohlen und durch Tausende von Attesten allseitig anerkannt,

ist nur allein ächt zu haben bei dem Erfinder desselben, und in der autorisirten Niederlage in **Karlsruhe** bei **J. Küst**, Langestraße Nr. 44, und bei **Ferd. Schneider**, Amalienstraße Nr. 29, sowie in allen Städten des Großherzogthums.

Resultate und Beweise. Z.c.631.

Schon durch den Verbrauch von einigen Flaschen Ihres so wirksamen Kräuter-Liqueurs bin ich von seit sehr langen, anhaltenden **Brustbeklemmungen, Leibesverstopfung** und **Hämorrhoidal-Beschwerden** fast gänzlich befreit. Ich bitte Sie, meinen innigsten Dank dafür zu genehmigen. Berlin, den 4. August 1863.

Achtungsvoll ergebenst **Ww. Wilh. Meißner**, Bellevuestr. 7.

Z.k.538. Offenburg.

Großes Freischießen

im Prämien- und Geldgabenwerthe von ungefähr 2600 fl., abgehalten von der Schützengesellschaft Offenburg

am 29. Juni bis inklusive 3. Juli 1864.

Programme werden auf Verlangen zugeschickt. Es wird auf 1,000 Fuß und 450 Fuß geschossen. Alle Freunde des Schützenwesens sind zu unserm Freischießen aufs freundlichste eingeladen.

Offenburg, im Juni 1864.

Der Oberschützenmeister:
Ferd. Hölzlin jr.

Z.k.363. Cöln. Für mein

Ausländisches Weingeschäft suche ich einen gewandten, durchaus zuverlässigen, mit der Geschäftsbranche vertrauten **Reisenden** für **Süddeutschland.**

Franko Offerten erbitte mit Angabe der seitherigen Wirkungskreise.

Cöln, im Juni 1864.

Johann Adam Roeder.

Z.k.535. Baden.

Omnibus-Verbindung

zwischen **Baden** und **Oos** und zurück.

Vom 15. Juni 1864 anfangend, wird täglich auf den in Oos um 12 Uhr 49 Minuten Nachts von Konstanz und Freiburg ankommenden und um 12 Uhr 50 Minuten nach Rastatt, Karlsruhe, Mannheim, Frankfurt und Köln abgehenden beschleunigten Zug Nr. 26 eine Omnibus-Verbindung hergestellt werden.

Abfahrt in Baden 11 Uhr 45 Minuten Nachts,
" " Oos nach Ankunft des Zuges.
Preis à Person **30 kr.**

Billet- u. Einsteigebureau im Gasthaus zum Sternen.

Baden, am 14. Juni 1864.

Die Omnibus-Unternehmer.

Z.h.463. Karlsruhe.

Römischer Cement

von **Vassy-les-Avallon**

ist wieder eingetroffen und in Tonnen von 100 bis 250 Ko. zu haben bei

Heinrich Rosenfeldt
in **Karlsruhe.**

Z.k.468. Baden-Baden.

Zu verkaufen

das Haus Nr. 313 Lichtenthalerstraße in Baden-Baden.

MÉDAILLE DE LA SOCIÉTÉ DES SCIENCES INDUSTRIELLES DE PARIS.

Keine grauen Haare mehr!

Melanogène

von **Dicquemare** aîné in **Rouen.**

Fabrik in Rouen, rue St.-Nicolas, 39.

Um augenblicklich Haar und Bart in allen Nüancen, ohne Gefahr für die Haut, zu färben. — Dieses Färbemittel ist das beste aller bisher dagewesenen.

Gen.-Depot bei **Fr. Wolff & Sohn,** Hoflieferanten in **Karlsruhe.** Z.k.35.

II. Abtheilung
das Oekonomiegebäude, Hofraithe, Garten und Wiesenplatz circa . . 3 Morg. 313 Ruthen.

III. Abtheilung
Wiesenboden circa . . 3 Morg. 88 Ruthen;

wozu die Liebhaber eingeladen werden.

Baden, am 11. Juni 1864.

Waisenrichter
C. Dürr sr.

Z.k.530. **Zell bei Offenburg.**

Weinversteigerung.

Aus dem Nachlaß des verstorbenen Oberlehrers **Joseph Basler** von Zell-Weierbach werden erbtheilungswegen am

Montag den 4. Juli d. J.,
Nachmittags 1 Uhr anfangend,

in der Laube zu Zell nachgenannte reingehaltene Weine einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt, nämlich:

56	Ohm	1863er	Feldwein,
88	"	"	Bergwein,
3	"	"	Klingelberger,
10	"	"	Weißherbst,
15	"	1861er	Klingelberger,
11	"	1862er	"
4	"	1861er	Weißherbst,
32	"	1862er	"
13	"	Trub- und Hefwein,	
29	"	1858er	Zeller Rother,
15	"	1863er	2a " "
23	"	"	1a " "
7	"	1861er	2a " "
9	"	1862er	1a " "
9	"	1859er	1a " "

ferner aus dem Privatkeller der unterzeichneten Miterben

70	Ohm	1863er	Feld- und Bergwein,
12	"	"	Ruländer,
16	"	"	1a Zeller Rother,
8	"	1861er	" " "
71	"	1859/62	" "

zusammen 500 Ohm;

wozu wir anmit mit dem Anfügen höflichst einladen, daß der unterzeichnete Miterbe gerne bereit ist, weitere Auskunft zu ertheilen.

Zell-Weierbach, im Juni 1864.

Namens der Hinterlassenschaft:
Emmanuel Basler.

Z.i.203. Nr. 3904. Boxberg. (Erledigte Aktuarsstelle.) Die Stelle des zweiten Aktuars bei diesseitigem Amtsgericht ist frei geworden, womit ein fixer Gehalt von 350 fl. und ca. 50 fl. Accidenzien verbunden sind.

Die Stelle soll sogleich wieder besetzt werden und wollen sich die Bewerber deßhalb an den Unterzeichneten wenden.

Boxberg, den 7. Juni 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Steinwarz.

Z.i.209. Nr. 4448. Schopfheim. (Erledigte Dekopistenstelle.) Dahier ist eine Dekopistenstelle mit 250 fl. Gehalt frei. Inzipienten wollen sich melden. Schopfheim, den 7. Juni 1864. Großh. bad. Bezirksamt. Seybel.

Z.k.375. Gengenbach. (Erledigte Gehilfenstelle.) Bei großh. Eisenbahnbau-Kasse Gengenbach ist die erste Gehilfenstelle mit einem jährlichen Gehalt von 600 fl. auf 1. September d. J. neu zu besetzen.

Die Lusttragenden aus der Zahl der Kameralpraktikanten und Kameralassistenten werden hiermit zur Anmeldung unter Vorlage der Zeugnisse eingeladen.

Gengenbach, am 3. Juni 1864.

Großh. Eisenbahnbau-Kasse.
Schuemacher.

Z.k.503. Baden.

Liegenschafts-Versteigerung.

Die Erben des verlebten großh. Geh. Hofraths Herrn Dr. Anton Gugert von hier lassen am

Donnerstag den 14. Juli l. J.,
Nachmittags 2 Uhr,

auf dem Rathhause dahier, unter Vorbehalt obervormundschaftlicher Genehmigung, der Erbtheilung wegen öffentlich versteigern, als:

1.

Ein zweistöckiges, von Stein erbautes Wohnhaus in der Sophienstraße Nr. 394, nebst Garten, neben Gastwirth Anton Schmid und C. D. von Oppenfeld, tax. zu . . . . . 36,000 fl.

2.

Ein in der Gernsbacherstraße dahier gelegenes Landgut mit einem zweistöckigen Wohnhause, Scheuer und Heuboden, nebst Garten und Wiesenboden, tax. zu 15,000 fl.

Dieses Landgut wird im Ganzen oder in 3 Abtheilungen der Versteigerung ausgesetzt, und kommt daher auf die

I. Abtheilung
das Wohnhaus, Hofraithe und Gartenplatz circa . . . . . 2 Morg. 247 Ruthen.

Frankfurt, 13. Juni 1864. Staatspapiere.

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.Hess.	3½% Obligation.	93¾ P.
"	5% do. in holl. St.	— —	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	102 G.
"	5% do. 1852 i. Lst.	80⅛ P.	"	4½% do.	102 G.
"	5% do. 1859 " "	78⅞ bez.	"	4% do.	99½ P.
"	5% Lomb. i. S. b. R.	91¾ P.	"	3½% do.	92¼ P.
"	5% Venet. C. b. R. 6/7	84⅛ bez.	Krhess.	4% Obl. Rthlr. à 105	99⅝ P.
"	5% Nat.-Anl. 1854	68⅜ G.	Brschw	3½% O. b. R. à 105	91⅞ G.
"	5% Met.-Obligat.	61⅜ G.	Lrbrg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	91 bez.
"	5% do. 1852 C. b. R.	61⅜ G.	"	4% do. à 105 kr. b. E.	89⅝ P.
"	4½% Met.-Oblig.	54⅝ G.	Frankf.	3½% Obligation.	97⅛ P.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	105½ G.	"	3% do.	91¾ P.
"	4½% do.	100¾ P.	Rußld.	5% Obl. in L. à fl. 12	86¼ bez.
"	4% do.	96 P.	Finnl.	4½% O. i. R. à 105	87½ G.
"	3½% Staatssch.	90⅛ G.	Span.	3% inl. Schuld	— —
Bayern	4½% 1jährig	101⅝ G.	"	2½% Schuld	45 G.
"	4½% ½jährig	102⅜ P.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	100¼ P.
"	4% 1jährig	100⅛ P.	Italien	5% Rente Fr. à 28 kr.	68⅞ P.
"	4% ½jährig	100⅜ P.	Schwd.	4½% Obligation.	94⅞ P.
"	4% Ablös.-Rente	100⅛ P.	"	4½% Pfbf. b. B. & E.	94⅞ P.
"	3½%	— —	Schwz.	4½% E. O. i. Fr. à 28	— —
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	105¼ G.	"	4½% Bern. St.-O.	102½ G.
"	4% do.	103 G.	"	4% do.	94 P.
"	3½% do.	95 G.	"	5% Gf. St. O. Fr. 28	96¾ P.
Baden	4% Obligation.	100¼ P.	N-Am.	6% St. i. D. r. 1881	59⅜ G.
"	3½% do. v. 1842	93 P.	"	6% do. r. 1882	58⅛ bez.
G.Hess.	5% Obligation.	101⅝ G.	"	5% do. r. 1871	— —
"	4% do.	100⅛ P.	"	5% do. r. 1874	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	138 bz. G.	4% Pfandbr. d. Frkf. Hyp.-B.	99⅞ P.
3% Oesterr. Bank-Aktien	808 G.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	50½ P.
5% " Cred. A. i. O. W.	201½ bG	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB.	51 P.
3% Bayer. Bank à fl. 500	895 G.	5% Tosc. Centr. Eisnb. Prior.	76¼ P.
4% Darmst. B.-A. à fl. 250	222½ bez.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	79⅞ G.
4% Weimar. Bank-Aktien	— —	5% do. neueste Emiss. 6/7	73¼ G.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	98 G.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	83⅜ P.
4% Luremb. Bank-Aktien	105¾ P.	5% Galz. Carl Ldwb.-Pr O. 6/7	84¼ P.
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Hess. Ldwigsb.-Prior.	100⅜ G.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	314 G.	5% Oest. Lld. 1. Pr.-O. i. Silb.	79 P.
3½% Frankf. Han. Esnb.-A.	100¼ P.	5% " 2. " " "	— —
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	187 G.	4½% Ldwh.-Verb. Pr.-Obl.	102½ G.
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	113 b. G.	4% " " "	98⅝ P.
5% Böhm. Westb.-Akt. fl. 200	68⅞ P.	4½% Rhein-Naheb. Pr.-O.	99½ G.
Rhein-Nahe-Bahn	25⅝ P.	5% Ital. R. 20% Einz. Fr. à 28	— —
4% Ldwh.-Verb. Eisenbahn	145¾ P.	4% Südd. Bnk.-A. 40% Einz.	246 P.
4% Neustadt-Dürkheimer	99¼ P.	Span. Cr. b. Pereire 90% "	— —
4½% Pf. Mar-Esb.-A. b. R.	106¼ P.	4½% Bayer. Ostb. 50% "	111⅝ P.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	112⅝ P.	3% Deutsch. Phönix 20% "	152½ G.
4% Hess. Ludwigsbahn	126¼ bG	Frkf. Rückvers.-G. 10% "	106 P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Aktien	— —	4% Frkf. Provident. 20% "	91 P.
4½% Frankf. Han. Prior.-O.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% "	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	133 G.
" 250 fl. " 1854	79¼ P.
" 100 fl. Pr L 1858	134¾ G.
" 500 fl. v. 1860 6/7	85 bez.
" 100 fl. v. 1864	97½ P.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9⅜ P.
Bad. 50-fl.-Loose	— —
" 35-fl.-"	52½ P.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	55¼ G.
Gr.-Hess. 50 fl. L. b. R.	138 P.
" 25 fl. " " "	37⅝ P.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	36¾ bez.
Sard. 36-Fr.-L. b. B.	61 P.
Mail. 45-Fr.-L. b. R.	34 P.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	36 P.
3% Bordeaux 100 Fr	86¾ P.
Ansb.-Gunzenh. L.	— —

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k.S.	100⅜ G.
Antwerpen	"	93⅞ G.
Augsb. 24 fl. 100	"	99¾ G.
Berlin	"	105 G.
Bremen	"	96⅜ B.
Brüssel	"	93⅞ G.
Cöln	"	105¼ B.
Hamburg	"	89 B.
Leipzig	"	105 G.
London	"	119 G.
Maild. i. Fr. 200	"	93⅞ G.
München	"	100 B.
Paris	"	94⅛ G.
" 60 à 90 T.		— —
Wien	k.S.	102½ B.
Disconto		3½% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 40½-41½
Preuß. Frd'or.	"	9 57 -58
Holl. fl. 10 St.	"	9 48½-49½
Rand-Ducat.	"	5 33½-34½
20-Frankenst.	"	9 25 -26
Engl. Sover.	"	11 50 -54
Russ. Imper.	"	9 41 -43
Gold pr. Zpfd.	"	803 -808
5-Frank.-Thl.	"	— —
Alte österr. 20r.	"	30 24 G.
Rand-20r.	"	30 12 G.
Hh. Silb. p. Zpfd.	"	52 6-36
Preuß. Cassch.	"	1 45¼-45½
Doll. in Gold	"	2 27 -28

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)